

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse  
"Tageblatt", Riesa.

**Amtsblatt**

Verlagsstelle  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 209.

Sonnabend, 8. September 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßburg, des Weiteren, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Räume des Ausgabebezuges bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Feuerwehr betreff.

Die Wachmannschaft, sowie die Mannschaften der Feuerreserve der Feuerwehr zu Riesa haben sich **Dienstag, den 11. September cr., Abends 7 1/2 Uhr im Saale des Hotel Döpfner** pünktlich einzufinden.

Die Uniformen sind anzulegen. Begründete Entschuldigungen sind beim Commandanten Herrn Löpfermeister Schumann **vorher** einzureichen. Auf § 28 der Feuerlöschordnung für Riesa wird aufmerksam gemacht. Riesa, am 8. September 1894. Der Feuerwehr-Ausschuss. E. Zeibler.

## Vom asiatischen Kriegsschauplatz

bringt der von Yokohama eingetroffene Dampfer „Belgie“ folgende Kriegsnachrichten: Der Kaiser von China hat ein Edikt erlassen, in welchem er erklärt, daß Korea seit 200 Jahren China dienstpflichtig sei. Als der Aufstand im Mai ausbrach, bat der König von Korea China um Hilfe. Wir besahen deshalb Li-Hung-Tschang, Truppen nach Korea zu senden. Darauf aber sandten die „Wojan“ (der verächtliche Name für Japaner) plötzlich Truppen nach Korea und zwangen den König, die Form der Regierung zu verändern. Japan ist der Vernunft nicht zugänglich. Deshalb sandten wir mehr Truppen. Wir waren überrascht, als Japaner plötzlich erschienen und auf unsere Transportschiffe bei Jasschen feuerten. Japan trägt die Schuld mit seinen verrätherischen Handlungen. Japan hat die Verträge verletzt und das internationale Gesetz nicht beobachtet. Japan hat alle Verträge der Nationen übertreten. Unsere Geduld kann es nicht mehr ertragen. Deshalb haben wir unseren Heeren befohlen, die „Wojan“ aus ihren Schlafwinkeln zu vertreiben und nicht die geringste Rücksicht zu zeigen. — Des Weiteren wird ein chinesischer Bericht über den Kampf des chinesischen Kreuzers „Tschin-Yuen“ mit einem japanischen Kriegsschiff gegeben. Der Kampf dauerte 48 Stunden. Am Anfang weigerten sich die Chinesen, die Kanonen abzufeuern. Die Offiziere mußten fünf Mann niederschließen. Darauf ging Alles gut, und die Chinesen kaperten das feindliche Schiff und tödteten einen japanischen Admiral. Die Japaner aber brachten eine Bombe auf dem „Tschin-Yuen“ zur Explosion. Ein chinesischer Leutnant wurde getödtet. Schließlich ergaben sich die Japaner. Aber da kamen mehr japanische Kriegsschiffe hinzu, und der „Tschin-Yuen“ mußte sich in beschädigtem Zustande nach Wei-hai-wei zurückziehen. — Der chinesische Kaiser hat 6000000 Taels zu Kriegszwecken hergegeben und die Kaiserin-Wittwe 15000000. Die Offiziere und Jahrgänge des „Belgie“ sagen, daß an der koreanischen Küste eine kleine Abteilung Chinesen abgehandelt wurden gegen eine überlegene japanische Macht. Die Chinesen wurden fast vernichtet. Dann aber wurden 500 Japaner auf dem Rückzug von einer gelegten Mine in die Luft gesprengt. Darauf gingen die Chinesen vor und schlugen die Japaner in jeder Richtung. Der chinesische General Tsche ist für die Niederlage der Chinesen bei Ssil-wan (oder Tschon-han) verantwortlich gemacht worden. Der General floh. Er warf selbst seine Uniform weg. Seine Papiere gerieten in die Hände der Feinde. In der Provinz Schan-Tung befinden sich jetzt an 250000 Mann chinesischer Truppen. Die chinesische Flotte befindet sich in Wei-hai-wei.

Nach einer Meldung des „N. B.“ aus Schanghai hätte eine bedeutende japanische Streitmacht eine Insel in der Society-Bucht, vierzig Meilen nordwestlich von Port Arthur besetzt, um dort eine Operationsbasis zu gewinnen. Die Landung wäre ungehindert von Staaten gegangen. Die Japaner sollen Vorbereitungen treffen, um einer längeren Besetzung zu widerstehen. Ein Theil der japanischen Flotte geht, wie es heißt, nach Japan zurück, um neue Truppen anzuschaffen. China soll unausgeseht große Truppenmassen durch die Mandchurei nach Korea schaffen. Angeblich hat der König von Korea eine Kommission beauftragt, dem Kaiser für seine Versprechungen, den Frieden und die Beständigkeit der Regierung von Korea wieder herzustellen, seinen Dank zu überbringen. Der König stellt die Oberhoheit Chinas in Abrede und hat mehrere Reformen verfügt, darunter die Abschaffung der Sklaverei und die Herstellung eines diplomatischen Dienstes. Der japanische Marschall Komagata ist nach Korea abgereist, wo er den Oberbefehl über das japanische Heer übernehmen wird. Letzteres dürfte ausmacht 100000 Mann stark sein. Man glaubt, es seien Vorbereitungen zum Angriff auf Peking getroffen.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Die „Nat. Ztg.“ erzählt aus Königsberg, daß der Kaiser eigenhändig von der Liste der zu dem dortigen Provinzialparlament einzuladenden Personen die Herren Grafen Mirbach, Ranig, Dohna-Wundt, Altkon- stroem, sowie den früheren Landrath, jetzigen Feuer-Societäts-Director v. Klinging gestrichen habe. Der Name des Grafen v. Schlieben sei gleichfalls gestrichen, später aber wieder hergestellt worden. Gewissermaßen eine Ergänzung zu dieser Bekundung der Ansicht des Kaisers über die agrarische Agitation ist die Verleihung einer sehr hohen Ordensdecoration an den Grafen Dönhof-Friedrichstein, der für den russischen Handelsvertrag gewirkt hat und daher aus dem Vorstande der ostpreussischen conservativen Partei entfernt worden ist. — Die „Kreuzzeitg.“ bemerkt zu dieser Meldung: Es ist bekannt, daß Sr. Maj. der Kaiser wiederholt kundgegeben hat, die seit drei Jahren eingeschlagene Wirtschaftspolitik entsprechen seinen eigenen Intentionen und er betrachte die Opposition dagegen als eine gegen seine persönlichen Absichten gerichtete. Ist daher die obige Meldung der „National-Zeitung“ zu treffend — was wir nicht wissen — so könnten wir es nur als eine logische Konsequenz dieser Anschauungen Sr. Maj. ansehen, wenn er die Freunde seiner Wirtschaftspolitik besonders ehrt, ihren Gegnern aber sein Mißfallen zu erkennen giebt. Da die Opposition, die seitens der Conservativen den Handelsverträgen gemacht wurde, ihrer festen Ueberzeugung von der Schädlichkeit derselben entpfehlend, muß eine so deutliche Kundgebung Sr. Maj. sie bei ihrer treuen Ergebenheit gegen die Person ihres königlichen Herrn schmerzlich berühren. Die Ueberzeugung jedoch, nach bestem Wissen und Gewissen für das von ihm als richtig Erkannte eingetreten zu sein, darf und wird in ihnen niemals das Gefühl der Verbitterung aufkommen lassen.

Aus dem Trubel der Pressstimmen und Reportercompilationen über die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts taucht endlich eine positive Meldung auf. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ meldet: In der deutschen Tagespresse wird bellänlich gegenwärtig vielfach die Frage erörtert, ob eine Einschränkung des geltenden Vereins- und Versammlungsrechts angezeigt sei und ob eine solche Einschränkung, falls erstere Frage bejaht würde, durch die Reichsgesetzgebung zu erfolgen habe oder der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten zu überlassen sei. Welche Stellung die Regierungen der dabei meistbetheiligten deutschen Bundesstaaten außer Bayern zu den angeregten Fragen mit ihren Voraussetzungen und Folgerungen einnehmen, ist in zuverlässiger Weise noch nicht bekannt geworden. Was die bayerische Regierung betrifft, so wird uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß nach der auf jahrzehntelanger Erfahrung beruhenden Anschauung der maßgebenden Persönlichkeiten Beschränkungen des Vereins- und des Versammlungsrechts zur Zeit in Bayern weder als notwendig, noch als nützlich oder wünschenswerth erachtet werden. — Zur Erläuterung sei bemerkt, daß das bayerische Vereinsgesetz aus dem Jahre 1850 wesentlich schärfere Bestimmungen aufweist, als das preussische. So sind die Ordner und Leiter von Versammlungen verpflichtet, Mednern, welche „durch ihren Vortrag das Gesetz verletzen“, das Wort zu entziehen und, „wenn ihren Anordnungen zur Aufrechterhaltung des Gesetzes keine Folge gegeben wird“, die Versammlung aufzuheben. Minderjährige dürfen — wie auch Frauen — weder politischen Vereinen angehören, noch den Versammlungen derselben beiwohnen. Die Polizei kann jeden Verein — abgesehen von anderen Gründen — schließen, wenn ein solcher „die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staats zu untergraben droht.“ Wenn wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes oder wegen Verbrechen oder Vergehen, welche in Versammlungen eines Vereins begangen oder versucht worden, Klage erhoben ist, so kann das Verbot den Verein vorläufig und in dem Endurtheil für immer schließen.

Herr Stöcker erklärt aus der Sommerfrische im „Voll“ ein Schreiben an die christlich-soziale Partei, in dem er so

ziemlich alle schwebenden politischen Fragen berührt. Von den „Cartellschreibern“ will Herr Stöcker nichts wissen, ebenso will er keine Aenderung des Reichswahlrechts und keine Verschärfung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, weil man damit der sozialen wie politischen Demokratie einen „unwiderstehlichen Zunder der Aufhebung in die Hand geben“ würde. Ausnahmegeetze solle man gegen die Juden, aber nicht gegen die Sozialdemokraten machen. Was uns noch thue, sei eine starke, kühne, aufrichtige Regierungsweise. Aber daran fehle es leider. In Berlin sei aus dem Geiste des Volkes heraus der Sozialdemokratie ein treu monarchischer Gegner entstanden, aber die Mißgunst der Mittelparteien und die Willkür der Regierung haben den Sieg der Bewegung hintertrieben. Dies die Ansichten Stöckers.

Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern in Marienburg 2 1/2 Uhr Nachmittag eingetroffen und mit tausenden Hurrasrufen von der zahlreich zusammengeströmten Bevölkerung empfangen worden. Auf dem Wege vom Bahnhofe zur Stadt bildeten die Kriegervereine, die Schützengilde, die Gewerkschaften und die Schulen Spalier. An der Reichsbildergrenze der Stadt fand die Begrüßung der Majestäten seitens der städtischen Behörden und des Kreis-Ausschusses statt. Der Bürgermeister von Marienburg hielt eine Ansprache, in welcher er das Gelübde unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit erneuerte. Der Kaiser erwiderte die Ansprache mit dankenden und anerkennenden Worten. Hierauf überreichte eine der Ehrenjungfrauen der Kaiserin einen herrlichen Blumenstrauß und trug ein Gedicht vor. Die Kaiserin dankte huldvollst und nahm die Blumengabe entgegen. Sodann setzten die Majestäten den Weg zum Hochschlosse fort und nahmen in der Marienburg Absteigequartier. Dasselbst fand Nachmittag 6 Uhr die Parade statt. Der Schmuck der Häuser in Marienburg ist unübertrefflich schön. Gestern Abend 8 Uhr 10 Min. verlassen die Majestäten mittels Sonderzuges die Stadt. Der Kaiser steigt in Schlobitten aus und fährt in das Hauptquartier zum Schlosse des Grafen zu Dohna, während die Kaiserin nach Königsberg zurückkehrt.

**Bulgarien.** Geradezu empörend ist die Behandlung, welcher Stambulow, der gestürzte bulgarische Ministerpräsident, in Sofia ausgesetzt ist. Auf der Rückfahrt vom Untersuchungsrichter, der Stambulow wegen beleidigender Aeußerungen gegen den Fürsten Ferdinand vernommen hatte, wurde der Exminister vom Pöbel mit Steinen beworfen, und ein Individuum sprang auf den Wagentreit und schlug auf Stambulow so lange los, bis der Stoß zerbrach. Allerdings muß unumwunden zugegeben werden, daß Stambulow in einer Unterredung mit dem Correspondenten der „Frankf. Ztg.“ sich über den Fürsten, dessen Charakter, Fähigkeiten und Gewohnheiten in einer Weise ausgesprochen hat, die eines früheren Ministers, ja eines gebildeten Mannes nicht würdig ist — das gilt auch von seinen fast unqualifizierbaren Aeußerungen über den Jaren — allein zum Schauplatz einer so abscheulichen Scene hätte man die Stätte der in manchem Betracht großen Vergangenheit Stambulow's nicht werden lassen dürfen. Selbst die dem einstigen „Diktator“ sehr abholden „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Man fragt unwillkürlich: Wo blieb die Polizei? Sie ist doch angeblich fortwährend zum Schutze Stambulow's thätig und bewacht sein Haus. Der Vorfall ist empörend. Stambulow hat in den Unterredungen, welche er in letzter Zeit mit fremden Correspondenten hatte, dem Groll über seinen Sturz in starken Worten Luft gemacht und weder die gegenwärtigen Minister, noch den Fürsten gespart. Er ging in seinen Ausdrücken zu weit, und es läßt sich vielleicht juristisch rechtfertigen, daß man ihn seiner Jornergasse wegen anklagt. Allein gegen Ausdrücke der Volkswuth hat die Behörde selbst den gemeinen Verbrecher zu schützen; um wie viel mehr einen Mann, dem das Land den größten Dank schuldet. Daß derselbe Stambulow, dem das Volk zjubelte, als er noch im Besitze der Macht war, heute in den Straßen von Sofia seines Lebens nicht mehr sicher ist, zeigt abermals die schnelle Wandelbarkeit der „Aura popularis“. Allerdings, aber gleichzeitig, wie gewagt es war, die starke Hand Stambulow's lahm zu legen, der